

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus

Sitzungsdatum: Montag, den 05.12.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrgerätehaus, Sanderstr. 63, 49413 Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Carl Heinz Putthoff

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Christoph Bornhorst

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ausschussvorsitzende/r

Herr August Scheper CDU

ordentliches Mitglied

Herr Joseph Behrens CDU

Herr Tim Julian Dorniak CDU

Herr Henning Hilgefert BFD

Herr Steffen Lampe BFD

Herr Christian Morthorst Grüne

Herr Nils Rübke-Stadtsholte CDU

Vertretung für Mitglied
Hälker

Frau Tanja Ruhe CDU

Herr Wulf Schwarte CDU

Herr Ingo Wessels SPD

Herr Andreas Windhaus CDU

Frau Susanne Witteriede SPD

beratendes Mitglied

Herr Josef Kruse AfD

Abwesend:

ordentliches Mitglied

Herr André Hälker CDU

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 07.11.2022
- 3 Vorstellung des Entwicklungskonzeptes mit Planungsrech-

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 05.12.2022

nung 2023 - 2027 der Musikschule Romberg sowie Antrag der Musikschule auf jährliche Anpassung des städtischen Zuschusses.

Vorlage: DS-19-0163

- 4** Antrag der Projektleitung "Dinklusiv" auf einen behindertengerechten Umbau der Umkleidekabine im Hallenbad
Vorlage: DS-19-0165
- 5** Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: DS-19-0182
- 6** Gründung einer Bürgerstiftung
Vorlage: DS-19-0176
- 7** Burgwald - Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung
Vorlage: DS-19-0183
- 8** Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2023
- 9** Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2022 - 2026
- 10** Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
Vorlage: DS-19-0170
- 11** Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes des LK Vechta über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Stadt Dinklage
a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021 sowie Nichtaufstellung eines konsolidierten Gesamtabchluss 2021
b) Entlastung des Bürgermeisters für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021
Vorlage: DS-19-0169
- 12** Mitteilungen
- 13** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Beschlussvorschlag:

Ausschussvorsitzender Scheper eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus um 18.00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung sowie die Presse und die Gäste. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 07.11.2022

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 26.09.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 3 Vorstellung des Entwicklungskonzeptes mit Planungsrechnung 2023 - 2027 der Musikschule Romberg sowie Antrag der Musikschule auf jährliche Anpassung des städtischen Zuschusses.
Vorlage: DS-19-0163**

Allg. Vertreter Bornhorst trägt anhand der Drucksache vor. Er merkt an, dass die Angelegenheit bereits im SKSD-Ausschuss behandelt wurde und hier zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen wurde.

Mitglied Witteriede teilt mit, dass die Aussagen der SPD im SKSD-Ausschuss missverstanden wurde. Es werde die Musikschule dahingehend unterstützt, dass die Löhne der Musikschullehrer nach Tarif gezahlt werden können, jedoch müsse die Musikschule einen eigenen Beitrag leisten, um Defizite auszugleichen. Auch sei das Konzept i.E. eine Schilderung des Ist-Zustandes. Sie weist den Vorwurf zurück, die SPD werde der Musikschule einen „Blanko-Scheck“ ausstellen. Sie weist darauf hin, dass von der SPD in der Ratssitzung eine Verdoppelung des Zuschusses gefordert wurde. Sie sei auch weiterhin der Auffassung, dass der Zuschuss der Stadt Dinklage erhöht werden müsse, aber nicht in dem Maße, wie von der Musikschule gefordert.

Mitglied Windhaus fragt an, ob es seitens der Musikschule eine Rückmeldung an die Verwaltung gab. Dieses wird von Bürgermeister Putthoff verneint, jedoch sei in dieser Woche eine Vorstandssitzung, an der er teilnehmen werde.

Mitglied Morthorst fragt an, ob der Landkreis höhere Beiträge zahle, sollte die Musikschule tarifliche Löhne zahlen. Hierzu teilt Bürgermeister Putthoff mit, dass in Gesprächen mit dem Landrat klar geäußert wurde, dass es bei dem bestehenden Zuschuss seitens des Landkreises bleibe.

Bezugnehmend teilt beratendes Mitglied Kruse mit, dass er im Kreistag angeregt habe, den Berechnungsschlüssel für die Zuschüsse für die Stadt Dinklage zu erhöhen. Hierzu teilt Bürgermeister Putthoff mit, dass sich dadurch der Zuschuss an die Stadt Dinklage nicht wesentlich erhöhen werde. Das Argument des Landkreises sei nach wie vor, dass in Dinklage ortsfremde Schüler unterrichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Angelegenheit wird an die Fraktionen zur weiteren Beratung verwiesen. Der Beitrag von 197.000,- € im Haushalt bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 4 Antrag der Projektleitung "Dinklusive" auf einen behindertengerechten Umbau der Umkleidekabine im Hallenbad
Vorlage: DS-19-0165**

Allg. Vertreter Bornhorst trägt anhand der Sitzungsvorlage und der Anlage zur Sitzungsvorlage vor.

Mitglied Andreas Windhaus bezieht sich auf die von der CDU im SKSD-Ausschuss getroffenen Aussagen, dass das Projekt positiv begleitet werde. Es sei jedoch wichtig, die Kosten im Vorfeld zu ermitteln. Daher werde seitens der CDU beantragt, für diese Position 10.000,- € in den Haushalt einzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird zunächst zur Kenntnis genommen und in die Fraktionen verwiesen. Eine vollständige Kostenermittlung wird seitens der Verwaltung erstellt und den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Angelegenheit ist dann Anfang des kommenden Jahres in den Ausschüssen final zu diskutieren und zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 5 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: DS-19-0182**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Sitzungsvorlage aus.

Beschlussvorschlag:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird – wie bisher – auf 0,95 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Gründung einer Bürgerstiftung
Vorlage: DS-19-0176

Allg. Vertreter Bornhorst trägt anhand der Sitzungsvorlage vor und verweist auf die Anlagen zur Sitzungsvorlage.

Er geht auf den Antrag der CDU ein, der aus dem „Friedhofsfund“ resultiere. Es wurde sich seinerzeit dahingehend verständigt, dass 60 % des Friedhofsfundes in eine zu gründende Bürgerstiftung einfließen solle.

Mitglied Dorniak regt die Gründung einer Dinklager Bürgerstiftung an. Hier soll es sich um eine breit aufgestellte weltliche Stiftung handeln, um verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Er geht auf das Grundstockvermögen von 200.000,- € ein und führt aus, dass weiter angedacht sei, ein Kuratorium mit 5 Mitgliedern zu gründen. Es sollen Ideen verwirklicht werden, wie das Geld verwendet werden könne. Auch solle dieses Kuratorium dazu dienen, weitere Mitglieder zu finden, um die Stiftung weiterzuentwickeln. Kraft Amtes sei der Bürgermeister hier Mitglied.

Bürgermeister Putthoff merkt an, dass es sich bei den Mitgliedern nicht um gewählte Ratsmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung handeln solle.

Mitglied Witteriede fragt an, warum nur 200.000,- Euro als Grundstockvermögen eingesetzt werden. Hierzu erläutert Mitglied Dorniak, dass das Grundstockvermögen nicht angetastet werden dürfen und der Vermögensbildung diene.

Mitglied Hilgefört steht der Gründung einer Bürgerstiftung positiv gegenüber. Er fragt an, ob die Goldmünzen schon veräußert wurden. Bezugnehmend teilt der Allg. Vertreter Bornhorst mit, dass ca. 2/3 der Münzen veräußert seien.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Dinklage errichtet eine mit einem Grundstockvermögen von 200.000,00 € ausgestattete gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit der Bezeichnung „Dinklager Bürgerstiftung“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Burgwald - Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung
Vorlage: DS-19-0183

Allg. Vertreter Bornhorst teilt mit, dass der Workshop bezüglich des Burgwaldes sehr gut angenommen wurde und hier gute Ideen und Ansätze vorgetragen wurden. Sodann trägt er anhand der Sitzungsvorlage vor.

Mitglied Windhaus bedankt sich bei der Verwaltung für die Durchführung des Workshops und die gute Präsentation. Er merkt an, dass seitens der CDU der Workshop initiiert worden sein, auch um den Verbleib der Tiere zu klären.

Die CDU habe sich nach dem Workshop mit dem Förster zusammengesetzt. Es wurde diskutiert, wie das Wildgehege fortgesetzt werden könne und der Förster sei für alle Ideen offen

und zugänglich. So sei die CDU zu dem Entschluss gekommen, dass Projekte 2 Jahre zu begleiten, um auszumachen, ob die Ideen und Bereitschaft mitzuarbeiten, auch effektiv umgesetzt werden können. Er merkt an, dass es für die Erhaltung des Streichelzoos ein klares Votum gegeben habe. Jedoch solle bis Ende des Jahres 2023 der vorhandene Wildtierbestand naturgerecht auf 35 erwachsene Tiere reduziert werden. Die Gründung eines Fördervereins werde ausdrücklich unterstützt. Dieses solle seitens der Verwaltung vorangetrieben werden, um viele Bürger mitzunehmen.

Weiter merkt er an, dass an denen im Vorfeld vorgebrachten Ideen, wie Waldkindergarten, weiterhin festgehalten werde.

Mitglied Witteriede begrüßt den Sinneswandel der CDU, da die vorgetragenen Maßnahmen, wie Erhaltung des Tierbestandes und Übernahme des Försters in der Vergangenheit von der CDU aus Kostengründen abgelehnt wurden. Bezugnehmend merkt Mitglied Windhaus an, dass im Kaufvertrag des Burgwaldes weder Tiere noch Personal aufgelistet wurde. Die Unterzeichnung des Vertrags wurde von allen Fraktionen mitgetragen, was von Mitglied Witteriede zurückgewiesen wird, da im Vorentwurf die Übernahme des Tierbestandes im Vertrag aufgeführt worden sei.

Mitglied Kruse von der AFD merkt an, dass er sich immer gegen die Abschaffung der Tiere gewehrt habe. Auch wurde die Petition von ihm stark unterstützt.

Mitglied Dorniak merkt an, dass die CDU nicht wolle, dass alles so bleibe wie es ist, daher die Befristung. Er führt aus, dass die Chance genutzt werden solle, etwas Neues zu entwickeln und so geht er auf den Workshop ein.

Mitglied Schwarte stimmt den Ausführungen von Mitglied Dorniak zu. Er teilt mit, dass der Wildbestand reduziert aber erhalten werden soll, was nur mit der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einem Förderverein umsetzbar sei. Weiter merkt er an, dass sich die CDU im Vorfeld mit den rechtlichen Vorgaben der Tierhaltung auseinandergesetzt habe.

Mitglied Windhaus stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ändern, dass der Wildtierbestand bis zum Jahresende 2023 auf 35 erwachsene Tiere naturgerecht zu reduzieren sei.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag des Herrn Windhaus abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Wildtierbestand im Wildgehege Burgwald Dinklage wird entgegen der Regelung im Grundstückskaufvertrag teilweise übernommen. Bis Ende des Jahres 2023 soll der Wildtierbestand naturgerecht auf max. 35 erwachsene Tiere reduziert werden. Der vorhandene Streichelzoo bleibt bestehen. Die Tiere können im Gehege verbleiben und werden ebenfalls übernommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2023

Vorsitzender Scheper bedankt sich bei der Verwaltung für die Aufstellung des Haushalts der Stadt Dinklage und übergibt das Wort an den Allg. Vertreter Bornhorst.

Allg. Vertreter Bornhorst merkt an, dass der Bürgermeister und die Kollegen der Kämmerei unterstützend bei der Aufstellung des Haushaltsplanes tätig waren und bedankt sich dafür. Er merkt an, dass die Eckdaten im Vorfeld mit allen Fraktionen besprochen wurden und der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 allen Ratsmitgliedern am 01.12.2022 zugegangen sei. Nach dem Druck des HH-Planes liege nunmehr der vorläufige Grundbetrag vor; welcher folgende Auswirkungen habe:

1. Die Stadt Dinklage wird nunmehr doch Schlüsselzuweisungen in Höhe von 437.300 € erhalten (vorher 0 €)
2. Eine Finanzausgleichsumlage ist nicht mehr zu zahlen (vorher 91.500 €)
3. Die zu zahlende Kreisumlage erhöht sich auf 6.283.400 € (vorher 6.149.500 €).

Das Jahresergebnis beläuft sich nunmehr auf 785.900 € (zuvor 391.000 €).

Allg. Vertreter Bornhorst führt zu **§ 1 Haushaltssatzung** aus, dass der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 im Ergebnishaushalt einen Überschuss in Höhe von 785.900 € ausweist. Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge wird auf 24.040.500 € und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 23.254.600 € festgesetzt. Ursächlich für diese positive Entwicklung sind die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (1.085.000 €), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (6.850.000 €) und Gewerbesteuererträge (6.950.000 €).

Für den Finanzplanungszeitraum wurden die prognostizierten Steigerungen (Orientierungsdaten des Landes) aus den Steuerschätzungen sowie eigene Erfahrungswerte zu Grunde gelegt.

Insgesamt haben sich die Erträge (Realsteuern, Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer) gegenüber den Ansätzen des Vorjahres um 1.158.800 € erhöht. **(Seite 32 des Haushaltsplanes)**.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2021/2022 (Berechnungszeitraum 01.10.2021 – 30.09.2022), führt zu einer Erhöhung der Steuerkraft um 11,01 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2023 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 437.300 € (Ansatz Vorjahr 296.300 €; Ergebnis 263.496 €) und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 295.600 € erwartet **(Seite 33/34 des Haushaltsplanes)**.

⇒ **Berechnung im HH-Plan 2023 noch falsch, da vorl. Grundbetrag erst nach Druck veröffentlicht wurde!**

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 6.950.000 € (Vorjahr 6.750.000 €) eingeplant. Da sich das derzeitige Anordnungssoll auf rd. 10,15 Mio. € beläuft und das Wirtschaftswachstum für 2023 eine Rezession prognostiziert wird, ist die Festsetzung des Ansatzes in dieser Größenordnung gerechtfertigt **(Seite 32 des Haushaltsplanes)**.

Die Gewerbesteuerumlage wurde mit 685.000 € eingeplant. Umgerechnet sind 9,85 % der Gewerbesteuererträge als Umlage zu zahlen. Die Gewerbesteuerumlage - zurzeit 35 Punkte (bis zum Jahr 2020: 64 Punkte) - wird alljährlich neu festgesetzt **(Seite 51 des Haushaltsplanes)**.

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 6.283.400 € (Vorjahr 5.620.331 € =34 Punkte) zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage wurde von einem Hebesatz von 34 Punkte ausgegangen; das bedeutet pro Punkt 184.806 € an Aufwendungen **(Seite 51/52 des Haushaltsplanes)**.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 4.401.000 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt stiegen die Personalkosten um 475.500 € (+12,11 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf die Tarifierhöhungen und Neueinstellungen zurückzuführen.

Es wurde die tarifliche Erhöhung von 6,0 % eingeplant. Darüber hinaus wurden Personalkosten für Neueinstellungen eingeplant. **(Seite 43 des Haushaltsplanes).**

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 2.622.800 € (Vorjahr 2.179.000 €). Das bedeutet eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 443.800 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 998.700 €. Mit der „Vereinbarung öffentliche Jugendhilfe“ beteiligt sich der Landkreis Vechta ab 01.01.2021 mit höheren Pauschalbeträgen pro Regelgruppe. **(Seite 49/33 des Haushaltsplanes).**

Die Haushaltsansätze beruhen auf die Haushaltsvoranschläge des Offizialates bzw. der St. Anna-Stiftung auf Basis des Kindergartenjahres 2020/2021. Bei den Haushaltsvoranschlägen des Offizialats findet eine neue Nettodefizitregelung Anwendung. Diese wurde bei den aktuellen Haushaltsvoranschlägen berücksichtigt. Das Nettodefizit teilt sich danach wie folgt auf: 85 % Stadt und 15 % kath. Kirche.

Die Bewirtschaftungskosten für die städtischen Liegenschaften und die angemieteten Räumlichkeiten und Wohnung sind durch die derzeitige Energiekrise stark angestiegen. Im Haushaltsjahr 2023 wird mit einer 3,5- bis 4-fachen Steigerung der Heizkosten gerechnet.

An Zinsen sind 84.300 € eingeplant (Vorjahr 72.500 €). Die Erhöhung der Zinsen steht im Zusammenhang mit den gestiegenen Zinsen. Außerdem wurden Zinsen für die Neuaufnahme von Krediten eingeplant. **(Seite 47/48 des Haushaltplanes).**

Aufgrund der veränderten Zinspolitik sind erstmals seit Jahren Zinserträge für Festgeld in Höhe von 25.500 € eingeplant worden **(Seite 41 des Haushaltsplanes).**

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 2.537.700 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 8.225.200 € festgesetzt. Wesentliche Investitionsmaßnahmen sind **(Seite 205-212 des Haushaltsplanes):**

Maßnahme	Ansatz 2023	Gesamtkosten
1. Sanierung Rathaus (Hauptgebäude)	500.000 €	800.000 €
2. Grundschule Höner Mark – Erweiterung Mensa Zuw. Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	100.000 €	2.100.000 € - 384.900 € 1.715.100 €
3. Grundschule Kardinal-von-Galen – Erweiterung Mensa Zuw. Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	100.000 €	2.100.000 € - 384.900 € 1.715.100 €
4. Sporthalle Kardinal-von-Galen – Sanierung (Nachfinanzierung) Zuw. Land Zuw. Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	485.000 € - 508.000 €	2.385.000 € - 1.308.000 € -201.600 € 875.400 €
5. Jahnstadion - Laufbahn Zuw. von Land verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	800.000 € -146.200 € 653.800 €	800.000 € -146.200 € 653.800 €
6. Inv.-Zuschuss an TVD – Jahnstadion	377.500 €	1.510.000 €
7. Erwerb Ökopunkte	266.700 €	2.650.300 €
8. Burgwald – Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung Zuw. Land (LEADER) verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	150.000 € -75.000 € 75.000 €	150.000 € -75.000 € 75.000 €
9. Feuerwehrhaus – Umbau	210.000 €	1.760.000 €
10. Bauhof – Gebäudeneubau (Nachfinanzierung) Zuw. KfW verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	466.400 €	3.246.400 € -230.000 € 3.016.400 €
11. Investitionszuschuss an OOWV für RW-Kanal innerörtliche Entlastungsstraße	100.000 €	1.000.000 €
12. Mehrgenerationenpark Zuw. NBank verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	126.500 € -50.600 € 75.900 €	762.500 € -305.000 € 457.500 €
13. Baugebiet „Höner Kirchweg“ – Nachfinanzierung Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	96.000 €	1.596.000 € -1.450.000 € 146.000 €
14. Fliederstraße Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	205.000 € -71.500 € 133.500 €	205.000 € -71.500 € 133.500 €
15. Tulpenstraße Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	540.000 € -190.400 € 349.600 €	540.000 € -190.400 € 349.600 €
16. Rosenstraße Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	760.000 € -267.900 € 492.100 €	760.000 € -267.900 € 492.100 €
17. Königsberger Straße (Planungskosten) Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	50.000 €	580.000 € -202.800 € 377.200 €
18. Jahnstraße (Planungskosten) Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	50.000 €	580.000 € -170.400 € 409.600 €
19. Straßenbeleuchtung – Umrüstung auf LED Zuw. Bund verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	70.000 € - 17.500 € 52.500 €	70.000 € - 17.500 € 52.500 €

Zu **§ 2 Haushaltssatzung** führt Allg. Vertreter Bornhorst aus, das Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 2.932.000 € veranschlagt werden. Es handelt sich um Darlehen aus der Kreisschulbaukasse und Darlehen von Kreditinstituten.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) belaufen sich auf 873.400 €, so dass Ende 2023 ein Schuldenstand von 8.388.177 € zu erwarten ist. Basierend auf die Einwohnerzahlen zum 31.06.2022 (13.408 Einwohner) bedeutet dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 626 €. Für 2023 beläuft sich die Netto-Neuverschuldung auf 2.058.600 €. **(Seite 62 des Haushaltsplanes)**

Zu **§ 3 Haushaltssatzung** führt Allg. Vertreter Bornhorst aus, dass der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 6.910.000 € festgesetzt wird. **(Seite 222 des Haushaltsplanes)**.

Zu **§ 4 Haushaltssatzung** führt Allg. Vertreter Bornhorst aus, dass der Höchstbetrag der Liquiditätskredite (Überschreitung des laufenden Kontos) auf 3.720.000 € festgesetzt wird. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag bedarf der Genehmigung der kommunalen Aufsichtsbehörde, wenn er 1/6 der im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt.

§ 5 Haushaltssatzung

Die Steuerhebesätze der Realsteuern wurden in 2022 - zur Kompensation der fehlenden Straßenausbaubeiträge – angepasst; eine erneute Anpassung erfolgt nicht. Die Hebesätze für die Realsteuern werden somit für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	403 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	426 v. H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag	356 v. H.

(Seite 34 des Haushaltsplanes)

Mitglied Windhaus bedankt sich bei der Verwaltung für das vorgelegte Zahlenwerk. Er führt aus, dass sich der Haushalt seines Erachtens sehr positiv darstelle, jedoch weist er darauf hin, dass die Steuereinnahmen zukünftig nicht in dem Umfang zur Verfügung stehen werden. Auch stellt er fest, dass viele Kosten erheblich angestiegen seien, wie z.B. Personalkosten und Energiekosten. Bezüglich der Kreisumlage merkt er an, dass die Kreisumlage gleichgeblieben sei, aber auch hier befürchtet er eine Erhöhung im nächsten Jahr.

Sodann führt er zu den anstehenden Ausbaumaßnahmen und Investitionsmaßnahmen wie, Freibadsanierung, Feuerwehrhaus, Mensa und Kita-Neubau aus. Er stellt sich die Frage, wie die Mehrbelastungen ausgeglichen werden sollen.

Zu den Steuereinnahmen merkt er an, dass auch die Einnahmen der Gewerbsteuer eher rückläufig sein werden und verweist auf die Seite 61 des Haushaltsplanes, in dem der Schuldenstand auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen zurückzuführen sei. Dieses dürfe nicht nur ein Lippenbekenntnis sein.

Er regt an, dass kommende Anträge auf Machbarkeit zu überprüfen seien. Schon beschlossene Baumaßnahmen müssen umgesetzt werden. Mitglied Windhaus teilt mit, dass er weni-

ge Möglichkeiten für die Parteien sehe, sich mit dem vorgelegten Haushaltsplan zu verwirklichen, jedoch möchte er folgende Punkt im Haushalt mit aufgenommen wissen. Er stellt folgende Anträge bzgl. Veränderungen, die im Haushaltsplan 2023 mit aufgenommen werden sollen:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Dinklusiv
(Hallenbad – Kosten müssen noch ermittelt werden) | 10.000 € |
| 2. Burgwald/Wildgehege
(Attraktivitätssteigerung 150.000 € ggf. 50% Leader-Fördermittel) | |
| Planungskosten/Machbarkeit Waldkindergarten | 10.000 € |
| Vitaparcour/Outdoorgeräte (Trimm-Dich-Pfad) | 40.000 € |
| „Waldwelten“ (Naturerlebnispfad, Fertigstellung Blockhütte -Wunsch des Försters-Planung Kompensation/Ökopunkte | 40.000 € |
| Wegeausbesserung/Zaunarbeiten | 5.000 € |
| Anschaffung Gerätschaften
(zum 01.01.2023 Bestand gleich Null) | 15.000 € |
| Tierpflege- und Unterhaltungskosten | 20.000 € |
| 20.000 € | |
| 3. Sanierungskosten Kita St. Martin
(weitere 600.000 € für 2024) | 600.000 € |

Hierzu merkt er an, dass Aufgrund des „Brandbriefes“ der Mitarbeiter/innen ein deutliches Zeichen gesetzt werden solle. Bisher war im Haushalt keine Position angesetzt. Es müssen jetzt Gespräche geführt werden, ob eine Sanierung oder ein Ersatzbau wirtschaftlicher sind. Die CDU schließt einen Ersatzbau (anstatt Sanierung) ausdrücklich nicht aus. Hier seien die Verantwortlichen in der Verwaltung und beim Träger gefordert.

Er verweist nochmals darauf, dass die angedachte neu zu schaffende Stellen für Mitarbeiter mitgetragen werden. Ihm sei jedoch sehr wichtig, dass gerade im Bezug auf den Burgwald, die Entwicklung des Burgwaldes beobachtet werden müsse.

In der kommenden BUS-Sitzung werde ein Antrag der CDU bezüglich des Bürgerparks behandelt. Im Nachgang dieses Antrages habe Pastor Kabon den Wunsch geäußert hier einen Kindergarten zu errichten. Diesem Wunsch werde die CDU versuchen zu ermöglichen, aber es müssen diesbezüglich noch Gespräche geführt werden.

Bürgermeister Putthoff merkt an, dass sich der Schuldenstand der Stadt Dinklage in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt habe, aber auch er sieht die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren eher negativ.

Mitglied Schwarte merkt an, dass beschlossen wurde, den neuen Kindergarten einem anderem Träger zugewiesen werden solle.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2023 wird mit folgenden Änderungen beschlossen.

- a) Dinklusiv
- b) Burgwald mit insgesamt 150.000,- Euro
- c) Kindergarten mit 600.000,- Euro

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen

**zu 9 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre
2022 - 2026**

Allg. Vertreter führt anhand der Drucksache zum Investitionsprogramm aus. Bürgermeister Putthoff merkt an, dass das Investitionsprogramm nur richtungsweisend und nicht bindend sei.

Beschlussvorschlag:

Das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2022 -2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
Vorlage: DS-19-0170**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.
Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass er keine Vorteile steuerlicher Art sehe und befürwortet die Verschiebung der Einführung des § 2b um 2 Jahre.

Mitglied Windhaus merkt an, dass der OOWV die Umsatzbesteuerung umgestellt habe, was eine Mehrbelastung für die Bürger bedeute. Aber auch er spricht sich für die Verschiebung der Einführung des § 2b aus.

Beschlussvorschlag:

a) Die Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Absatz 3 UStG bis zum 31. Dezember 2024 (unter der Voraussetzung, dass die weitere Fristverlängerung endgültig entschieden und rechtskräftig im Bundesgesetzblatt verkündet wird).

b) Sollten sich im Optionszeitraum bis 2024 im Rahmen der Überprüfung Geschäftsvorfälle und Sachverhalte ergeben, die in der Summe betrachtet aus städtischer Sicht zu steuerlichen Vorteilen führen, soll die Optionserklärung widerrufen werden.

Abstimmungsergebnis:

a) einstimmig
b) einstimmig

**zu 11 Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes des LK Vechta über die Prüfung
des Jahresabschlusses 2021 der Stadt Dinklage**

- a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021 sowie Nichtaufstellung eines konsolidierten Gesamtabschluss 2021**
b) Entlastung des Bürgermeisters für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021
Vorlage: DS-19-0169

Bürgermeister Putthoff nimmt nicht an der Beratung teil und verlässt den Sitzungsraum.

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Sitzungsvorlage aus.

Beschlussvorschlag:

a) Der Jahresabschluss 2021 der Stadt Dinklage wird beschlossen. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes einschl. der Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Bericht lagen dem Rat vor. Von der Aufstellung einer konsolidierten Gesamtabschlusses wird abgesehen.

Der sich aus der Ergebnisrechnung der Stadt Dinklage ergebene ordentliche Überschuss in Höhe von 6.120.794,52 € wird der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ zugeführt.

Der sich aus der Ergebnisrechnung der Stadt Dinklage ergebene außerordentliche Überschuss in Höhe von 198.249,97 € wird der „Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses“ zugeführt.

b) Dem Bürgermeister wird für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

- a) einstimmig
b) einstimmig

zu 12 Mitteilungen

Allg. Vertreter Bornhorst teilt mit, dass für die Sanierung des Werkraumes der Höner-Mark Grundschule Kosten in Höhe von 45.000,-Euro zu erwarten seien. Hierzu werde eine Drucksache gefertigt, die noch im kommenden VA behandelt werden soll.

zu 13 Anfragen und Anregungen

Es liegen seitens der Ausschussmitglieder keine Anfragen oder Anregungen vor.

Carl Heinz Putthoff
August Scheper
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Carl Heinz Putthoff

Bürgermeister